

TINA-Prinzip und TINA-Positivismus

(Dieser Text basiert auf einem Arbeitspapier, das auf der Sommertagung der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik am 12. Juni 2010 in Bielefeld diskutiert wurde.)

»Jemand sagte einmal, gegen die Globalisierung zu sein, sei so, wie gegen das Gesetz der Schwerkraft zu sein. Somit bleibt nichts anderes übrig: Nieder mit dem Gesetz der Schwerkraft!«

Subcomandante Insurgente Marcos/EZLN¹

*In der Diskussion um die neoliberale Globalisierung wehren sich kritische Stimmen gegen die in Politik und Medien weit verbreitete Sachzwang-Logik, die oftmals auch als „TINA-Prinzip“ bezeichnet wird. **There is no Alternative**² (Es gibt keine Alternative) zu wirtschaftsliberalen Reformen, so der Tenor in Politik, Medien und ökonomischer Wissenschaft. Im kommenden Jahr jährt sich zum 50. Mal der Ausbruch des so genannten Positivismustreits in der deutschen Soziologie (mit den Protagonisten Karl. R. Popper, Theodor W. Adorno und Ralf Dahrendorf). Dieses Jubiläum soll als Anlass dienen, über die Aktualität einer Positivismuskritik nachzudenken. In diesem Arbeitspapier geht es deshalb um das Zusammenspiel zwischen wirtschaftsliberaler Politik und ihrer theoretisch-wissenschaftlichen Legitimationsgrundlage. Dieser Theorie-Praxis-Zusammenhang wird hier als „TINA-Positivismus“ bezeichnet“. Dabei geht es nicht um das Aufwärmen praxisferner theoretischer Argumentationen. Denn der namensgebende Begriff des Positivismustreits (der für viele Laien wie ein bedeutungsloses Geplänkel zwischen Intellektuellen im Elfenbeinturm aussehen mag), hat – so die Ausgangsthese dieses Aufsatzes – in Form der Begründung und Legitimation von Sachzwang-Logiken, die als Ausdruck von starren ökonomischen*

¹ »Alguien advirtió que ir contra la globalización era como ir contra la ley de gravedad. Así que ni modo, ¡ abajo la ley de gravedad ! « (Marcos, 1998)

² Zygmunt Bauman nennt Pierre Bourdieu in einem Zeit-Artikel 18.11.1999 als Urheber der Abkürzung „TINA-Prinzip“, allerdings ohne eine Quelle anzugeben (http://www.zeit.de/1999/47/199947.baumann_demokrat.xml: 11.04.2010). In allen vorliegenden Internet-Quellen, die die Bezeichnung Bourdieu zuschreiben, (bspw. bei Wikipedia) werden ebenfalls keine Original-Quellen von Bourdieu genannt.

„Naturgesetzen“ dargestellt werden, enormen Einfluss auf die Wirklichkeit. Die Grundlagen des wirtschaftsliberalen TINA-Positivismus werden im Folgenden dargelegt.

1. Struktur des TINA-Positivismus

Vereinfacht kann man sagen, dass der TINA-Positivismus aus zwei Komponenten besteht. Die erste Komponente ist die praktisch sichtbare Seite und eher auf politisches oder persönliches Handeln bezogen: „Es gibt keine Alternative, warum gerade so (wirtschaftsliberal) gehandelt werden muss“. Politisches Handeln kann durch Beeinflussung der Infrastruktur weit reichende Folgen haben, die für viele Betroffene wie unveränderbare Entwicklungen aussehen, z.B. mehr Wettbewerb und „Eigenverantwortung“ im Bildungs- und Gesundheitswesen. Die zweite Komponente ist eher theoretischer oder wissenschaftlicher Natur, nimmt aber im Prinzip die Form eines (rational nicht begründbaren) Glaubens an. Sie legitimiert das „alternativlose Handeln“ und bildet damit das Fundament. Eine starre Weltanschauung ist die unhinterfragte Grundannahme. Beim Wirtschaftsliberalismus besteht diese aus einem individualisierten Menschenbild³ und der Idee, dass ein freier Markt und freier Welthandel im Prinzip alles zum Besten wenden. In der modernen Wirtschaftswissenschaft werden dem Anspruch nach (auf der Basis unhinterfragter Grundannahmen) empirisch Daten registriert, sowie Schlüsse und politische Handlungsvorschläge, bzw. Handlungsvorgaben daraus gezogen. Die Ergebnisse werden dann von TINA-Positivisten als reine objektive und wissenschaftlich fundierte Wahrheit dargestellt, obwohl sie letztlich durch den zugrunde liegenden Markt-Fundamentalismus schon vorher festgelegt sind.

2. Politik

Die Befürworter der so genannten freien Marktwirtschaft verfechten ein Weltbild, das die neoliberale „Reform-Politik“ der letzten Jahre (z.B. die Agenda 2010) als einzig mögliche Antwort auf tatsächliche oder vermeintliche ökonomische Probleme erscheinen lässt. Scheinbare ökonomische Sachzwänge bestimmen dabei die Vorgaben für politisches Handeln. „There is no Alternative“, die namensgebende Floskel des TINA-Prinzips, wurde von der ehemaligen britischen Premierministerin Margret Thatcher oft gebraucht um den neoliberalen Umbau der Gesellschaftsstruktur zu rechtfertigen. So zum Beispiel in einer Rede vom 10.11.1980: "[W]e now have no alternative but to accept a reduction in the

³ Dieser Individualismus hat zur Folge, dass tendenziell alle „Kollektive“ abgelehnt werden, von Gewerkschaften bis hin zu öffentlichen Sozialversicherungen.

country's standard of living if investment and employment are to recover" (Thatcher, 1980).⁴

Die neoliberale Politik stützt sich bei der grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftlich-ökonomischen Infrastruktur auch in Deutschland auf das Paradigma und die Handlungsvorschläge des gesellschaftlich anerkannten ökonomischen Fachwissens und die dort formulierten Antworten auf ökonomische „Tatsachen“ oder „Sachzwänge“. Der Soziologe Pierre Bourdieu kritisiert, dass die Verfechter der wirtschaftsliberalen Sachzwang-Logik (ob in Politik, Wissenschaft, Banken oder Medien) zu erwähnen vergessen, dass sie sich selbst zu „Komplizen der Sachzwänge“ gemacht haben (Bourdieu, 1998: 47).

„Bei dem, was man ständig als ein von den unwandelbaren »Naturgesetzen« des Gesellschaftlichen regiertes Wirtschaftssystem hinstellt, scheint es sich meines Erachtens in Wirklichkeit vielmehr um eine *politische Ordnung* zu handeln, die nur mittels der aktiven oder passiven Komplizenschaft der im eigentlichen Sinne politischen Mächte errichtet werden kann.“ (a.a.O.: 101). Bourdieu kritisiert in seinem Aufsatz „Das Modell Tietmeyer“ beispielhaft den ehemaligen Präsidenten der deutschen Bundesbank und Mitautor des Maastricht-Vertrages, Hans Tietmeyer (a.a.O.: 53-59), der heute dem Kuratorium der wirtschaftsliberalen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) vorsteht und der schon 1996 beim World Economic Forum in Davos davon sprach, dass die Politiker begreifen sollten, dass sie in Zukunft zunehmend der Kontrolle der Finanzmärkte unterworfen sein werden.⁵ Tietmeyer war 1981 Hauptautor des Lambsdorff-Papiers (Köhler, 2004: 98), d.h. des neoliberalen Wirtschaftsprogramms für die Bundesregierung unter Helmut Kohl⁶.

Der Ökonom Herbert Giersch, „Nestor der deutschen Nationalökonomie“, beeinflusste maßgeblich die Arbeitsweise und Weltsicht des Sachverständigenrates (Piper, 1996). Er macht aus seiner „Komplizenschaft“ mit den wirtschaftsliberalen Sachzwängen keinen Hehl. Giersch glaubt an die absolute Überlegenheit des Marktes und propagierte deshalb 1991, kurz nach dem Fall der Mauer, ein „Ab-specken des Staates“. Um den dabei zu erwartenden Widerstand zu umgehen, müsse die „Politik des Abmagerns“ auf der Steuerseite Ansetzen; „Steuersenkungen zum Mobilisieren des Diktats der leeren Kassen“ (Giersch, 1991: 18). Wirtschaftskrise, Bankenrettungen und „Schuldenbremse“ dienen heute als legitimierende Sachzwänge für die „notwendige Sparpolitik“. Dass die Ursachen der

⁴ „Wir haben keine Alternative dazu, eine Reduzierung des Lebensstandards zu akzeptieren, sofern sich Investitionen und Beschäftigungszahlen erholen sollen.“

⁵ „Die Geldmärkte werden zunehmend die Rolle von `Polizisten´ spielen. (...) Die Politiker müssen begreifen, dass sie in Zukunft der Kontrolle der Finanzmärkte und nicht nur der nationalen Debatten unterworfen sein werden“ (Zitiert nach Gorz, 2000: 30).

⁶ Zudem nahm Tietmeyer „maßgeblich Einfluss auf das geldpolitische Konzept der Europäischen Zentralbank“ (Köhler, 2004, p.: 139)

Krise nicht nur in abgehobenen Finanzprodukten, mangelhafter Kreditvergabe und (von Ökonomen geforderter) „zu lascher staatlicher Aufsicht“ liegen, sondern auch in der politisch forcierten massiven Umverteilung von Einkommen, gerät aus dem Blick. Es wird ignoriert, dass viele „Sachzwänge“ menschengemacht und oftmals politisch gewollt sind. Zudem werden alternative Handlungs- bzw. Gestaltungsmöglichkeiten nicht wahr- oder ernst genommen.

3. Wissenschaft

3.1. Positivismus und TINA-Positivismus

Die modernen Wirtschaftswissenschaften sind schon lange keine politische Ökonomie im klassischen Sinne mehr, kritisierte der SDS-Vordenker Hans-Jürgen Krahl schon vor etwa 40 Jahren. Vielmehr seien sie „zu sozialtechnischen Handlungsanweisungen geworden“(Krahl, 1991: 185). „Revolutionäre Theorie“, so Krahl, müsse deshalb heute den „modernen Positivismus“ kritisieren sowie seine mathematischen, naturwissenschaftlichen und analytischen Verfahrensweisen.

Unter Positivismus wird eine wissenschaftstheoretische Position verstanden, die das Gegebene, Tatsächliche, unzweifelbar vorhandene („positive Tatsachen“) zum Prinzip wissenschaftlichen Wissens macht. Diese „positiven Tatsachen“ werden als Ursprung und Rechtfertigungsgrund aller unserer Erkenntnis aufgefasst (Vgl. Schnädelbach, 1992). Darin liegen Gefahren. Helmut Schnädelbach hält den wissenschaftlichen Positivismus besonders dort inakzeptabel, wo er sich zum Maßstab von Rationalität überhaupt macht.⁷ Letztlich ist es mittels „positivistischer“ Herangehensweise sogar möglich, Resultate oder Handlungsvorschläge der (in diesem Beispiel *ökonomischen*) Wissenschaft so darzustellen, dass bestimmte Maßnahmen als die einzig möglichen erscheinen (vgl. Bayer & Stölting, 1992: 312) und somit eine (scheinbar) wissenschaftlich fundierte Sachzwang-Logik zu erzeugen. Damit sind die prinzipiellen Gefahren einer positivistischen Herangehensweise genannt, die als wissenschaftliche Methode durchaus in einem klar definierten und eingegrenzten Rahmen ihre Berechtigung hat, sofern sie nicht verabsolutiert wird.

Der *TINA-Positivismus* wird aber nicht einmal den Ansprüchen seriöser positivistisch-empirischer Wissenschaft gerecht. Dass der Markt *an sich* auf fast allen Ebenen das beste ökonomische System ist, wird nirgends seriös empirisch begründet, sondern steht für die wirtschaftsliberalen „Positivisten“ von vorneherein fest. Eine herausragende Rolle bei der Verbreitung angeblich alternativloser ökonomischer Reformvorschläge spielen in Deutschland die sich meist „ordoliberal“ nennenden Vertreter und Vordenker der Strömung einer „Neuen Sozialen Markt-

⁷ D.h., wo er szientistisch ist (Schnädelbach, a.a.O.).

wirtschaft".⁸ Problematisch ist, dass die Ansichten dieser Ökonomen als gesellschaftlich akzeptiertes „Wissen“ vielfach in die Grundlagenbildung an Universitäten und Schulen eingebaut werden (Ptak, 2000: 203). Auch in der Politikberatung und den wissenschaftlichen Beiräten von Ministerien sind „neue Soziale Marktwirtschaftler“ gut vertreten. Das „positivistische“ wirtschaftsliberale Wirtschaftswissen ist in den letzten drei Jahrzehnten zum einzig legitimen Wirtschaftswissen geworden und erscheint bislang als alternativlos (Vgl. Kröll, 2008). Die Aussage „There is no Alternative“ (TINA) wurde so institutionell verankert. Wirtschaftsliberale „Sachzwänge“ wanderten und wandern in immer mehr Köpfe. Staatseingriffe in Krisenzeiten verdecken in der Öffentlichkeit dabei die tiefer liegenden Entwicklungen und Folgen der ökonomischen Liberalisierung.

Werden die vorwissenschaftlichen Grundannahmen⁹ des Wirtschaftsliberalismus nicht umfassend reflektiert, dann entsteht auf den daraus erarbeiteten ökonomischen Vorschlägen für die Wirtschaftspolitik jene Ideologie, die hier als „TINA-Positivismus“ bezeichnet wird: es gibt keine Alternative innerhalb des gegebenen Weltbildes. Politischer Wirtschaftsliberalismus wird zu einer self-fulfilling-prophecy, einer „logischen Maschine, die sich als Kette von Sachzwängen darstellen kann“ (Bourdieu, 1998: 111).

3.2. Modellbildung

Die angebliche Alternativlosigkeit betrifft nicht nur wirtschaftspolitische „Reformen“ in der Praxis, sondern auch die wissenschaftlichen Methoden in der Theorie: Da die wirtschaftliche Wirklichkeit zu komplex sei, um sie komplett zu fassen, bediene sich die heutige Volkswirtschaftslehre der „Technik der Modellbildung, um wesentliche Entwicklungen, bzw. Anpassungsvorgänge abzubilden“ so der durch seine Kritik am Euro bekannt gewordene Tübinger Professor Joachim Starbatty¹⁰ in seiner Einführungsvorlesung (Starbatty, 2006: 39). Die moderne ökonomische Wissenschaft wird weitgehend mit dem vorherrschenden Theoriengebäude gleichgesetzt, das in den vergangenen Jahren meist als Neoklassik oder „Neo-Neoklassik“ (Fehl, 1994: 1516f) bezeichnet wurde. Dieses wissenschaftliche Paradigma stellt eine „positive Wissenschaft“ (Neumann, 1994) dar, die auf Basis *gegebener Grundannahmen* empirisch gehaltvolle Hypothesen ableitet, die „prinzipiell falsifizierbar sind und sich im empirischen Test bewähren müssen“¹¹. Die zentralen axiomatischen Grundannahmen der modernen ökonomischen Wissen-

⁸ (Kritisch dazu: Kröll, 2003).

⁹ Wie z.B. Freihandel, Wettbewerb, Knappheit, Wachstum oder das Menschenbild.

¹⁰ Starbatty ist Vorsitzender der wirtschaftsliberalen „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ mit Sitz in Tübingen.

¹¹ Für die hier dargelegte Argumentation spielen innerwissenschaftliche Auseinandersetzungen, die die Vorherrschaft der theoretischen Neoklassik in Frage stellen keine Rolle, sofern an der Grundlage des Wirtschaftsliberalismus festgehalten wird.

schaft sind der methodologische Individualismus und die Gleichgewichtsidee (ebd.). Auch Starbatty bezeichnet die Methode der modernen Volkswirtschaftslehre in seiner Einführungsvorlesung als empirisch-analytische „positive Ökonomik“ (Starbatty, 2006: 41). Die Methodik ist der Modellbau mit Hilfe von Ceteris-paribus-Modellen (Starbatty, 1994: 39). Diese von dem Ökonomen Alfred Marshall (1842-1924) eingeführte wissenschaftliche Regel verdient eine genauere Betrachtung. Marshall formulierte die Grundzüge der heutigen ökonomischen Standardlehre (Oltmanns, 1996) und versuchte durch die Einführung der „Ceteris-paribus-Regel“ (im Gegensatz zu den ökonomischen Klassikern) die Dynamik des Wirtschaftens in seine Modelle zu integrieren: Unter der Annahme insgesamt konstanter Bedingungen veränderte er im Modell jeweils nur eine Variable und spielte deren Wirkung durch. Damit wird zwar im Modell eine Dynamik integriert, aber lediglich als eindimensionaler Ursache-Wirkungs-Mechanismus. Die Veränderung mehrerer Variablen und ihre gegenseitige Beeinflussung kann mit dieser Modellbildung somit nicht erfasst werden.

Positivistisch argumentierende Ökonomen beziehen sich bei ihrer Modellbildung auf „gegebene Grundannahmen“, d.h. die Welt, wie sie sie sehen: der freie Markt ist immer das beste Organisationssystem von Gesellschaft. Die Handlungsvorschläge wirtschaftsliberaler Ökonomen der vergangenen Jahre gleichen sich deshalb im Grundansatz: Freihandel, mehr Markt, weniger Staat, Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung möglichst auf allen Ebenen. Bei den gemäßigten Wirtschaftsliberalen werden dabei ab und zu bestimmte Bereiche der Daseinsvorsorge ausgenommen. Regulierende Eingriffe in die Wirtschaft werden aber meist durchgängig als Verstöße gegen ökonomische Naturgesetze dargestellt oder lediglich als akute Krisenintervention zugelassen. Viele Verfechter des wirtschaftlichen Liberalismus behaupten zwar, positivistische Methoden zu verwenden, doch in ihrer wissenschaftlichen und politikberatenden Praxis dient dies letztlich nur noch der Legitimierung vorher bestehender (d.h.: vorwissenschaftlicher und damit nicht rational begründbarer) wirtschaftsliberaler persönlicher Überzeugungen. Die reale Welt ist demnach durch zu viele staatliche oder gewerkschaftliche Einflüsse aus dem ökonomischen Gleichgewicht geraten und bedarf einer neuen freien Entfaltung. In der Wirtschaftspolitik zeigt sich „positivistisches“ Ceteris-paribus-Denken dann, wenn reflexhaft Lohnerhöhungen als Konjunkturbremse bezeichnet werden. Es wird dann nur die Variable „Lohnerhöhung“ mit ihrer theoretisch angenommenen (bzw. theoretisch gesetzten) Wirkung auf die Investitionstätigkeit von Unternehmen betrachtet. Gleichzeitig wird unterstellt, dass Unternehmen das Geld das sie den Beschäftigten nicht auszahlen im Gegenzug investieren und damit Arbeitsplätze schaffen. Diese eindimensionale Herangehensweise zeigt ihre Schwächen schon darin, dass (ceteris paribus) meistens nur der Wirkungszusammenhang „Investitionstätigkeit mit daraus folgender Mehrbe-

schäftigung bei Lohnzurückhaltung“ zugelassen wurde. Was nicht einkalkuliert wurde ist, dass in den vergangenen Jahren viele Unternehmen ihre zusätzlichen Gewinne lieber in oftmals dubiose „Finanzprodukte“ auf den internationalen Märkten steckten als in die „praktische Wirtschaft“ mit den bekannten Folgen.

3.3. Individualismus: von einem „Modell der Realität“ zur „Realität des Modells“

Eine weitere wichtige theoretische Setzung bei der Modellbildung der modernen ökonomischen Wissenschaft ist der methodologische Individualismus. Diese Grundannahme dürfte auch eine wichtige Rolle bei der Ablehnung staatlicher oder öffentlich-rechtlicher Regulierungen durch Wirtschaftsliberale spielen. Die theoretischen Modelle, die die Überlegenheit des Marktes beweisen sollen, beziehen sich weitgehend auf Individuen als wirtschaftliche Akteure¹². Pierre Bourdieu kritisierte in seinem Buch „Gegenfeuer“, dass im Namen der zum politischen Programm gewordenen wirtschaftsliberalen ökonomischen Theorie eine ungeheuere politische Arbeit stattfindet, die den Individualismus als Grundannahme des theoretischen Modells in der Praxis erst herstellt (Vgl. Bourdieu, 1998: 110). Es findet laut Bourdieu letztlich ein schleichender Übergang vom „Modell der Realität zur Realität des Modells statt“ (Bourdieu, 1987: 75). Die politische Arbeit besteht darin, dass im Namen von Freiheit und dem „Abbau staatlicher Bevormundung“ systematisch und planmäßig Kollektive und Solidargemeinschaften zerstört werden. Das zeigte sich in den letzten Jahren z.B. massenhaft in der zunehmenden Zerschlagung sozialer, bzw. sozialstaatlicher Errungenschaften. Beispiele sind Systeme sozialer Sicherheit wie die Rentenversicherung. „Arbeitskraftunternehmer-Ideologien“, die die arbeitnehmerische Solidarität aushöhlen sind in diesem Zusammenhang ebenfalls zu nennen. Auch wenn die Welt noch nicht vollkommen nach den Vorstellungen des Wirtschaftsliberalismus umgestaltet wurde, bekommt „Modellbildung“ hier eine ganz neue Qualität. Die praktischen Folgen dieser Politik (nicht zuletzt auf den Finanzmärkten) lassen die Wirtschaftsliberalen als Zauberberlinge erscheinen, denen das Geschehen aus dem Ruder läuft.

Gleichwohl gehen wirtschaftsliberale Theoretiker und wirtschaftsliberale „Fachleute“ in der Politik davon aus, dass der bestmögliche Naturzustand des ökonomischen Systems darin besteht, dass „freie Individuen“ ohne „staatlichen Zwang“ auf freien Märkten handeln. Die Theoretiker „beobachten“ also in ihrer Sichtweise die „Missachtung“ eines von ihnen als natürlich behaupteten ökonomischen Sy-

¹² Dabei können auf der „Makro-Ebene“ durchaus auch Kollektive als individuell handelnde Akteure betrachtet werden. Auf den Arbeitsmarkt bezogen gelten so z.B. ein Arbeitgeberverband und eine Gewerkschaft als handelnde Individuen. Auf dem Weltmarkt werden die einzelnen Länder als Individuen betrachtet. Innerhalb des Individuums „Deutschland“ wird dann in der Argumentation meist nicht weiter zwischen Gewinnern und Verlierern unterschieden, so lange „wir“ Exportweltmeister sind.

stems und wollen durch wirtschaftsliberale Umstrukturierung den „Urzustand“ wieder herstellen (siehe Abschnitt 3.6). Dafür geben sie „politische Handlungsanweisungen“.

Der TINA-Positivismus besteht damit in einer Negativ-Formulierung: Die Welt wird *nicht* so beobachtet, wie sie tatsächlich ist, sondern wie sie *nicht ist* im Gegensatz dazu wie sie (der Theorie nach) aber „eigentlich ist“, bzw. sein soll, d.h. eine Welt gänzlich „freier Märkte“ ohne staatliche „Bevormundung“¹³. Vermeintliche oder tatsächliche Probleme kollektiver ökonomischer Organisationsformen werden dem funktionierenden engen Theoriemodell gegenübergestellt und diffamiert.¹⁴

3.4. Wissenschaftler als Beobachter

Die Welt als „das, was ist“, nehmen wir (auch als WissenschaftlerInnen) keineswegs neutral von einem Außenstandpunkt quasi „als Beobachter vom Mars“ (Popper, 1962) wahr. Genau dies behaupten aber Ökonomen indem sie ein „Monopol auf die Gesamtbetrachtung des Ganzen“ (Bourdieu, 1987: 55) beanspruchen. Max Horkheimer relativiert die vermeintliche Neutralität des Beobachterstandpunkts und legt dar, dass die Tatsachen, die wir (auch als WissenschaftlerInnen) über die Sinne wahrnehmen, in doppelter Weise gesellschaftlich vorgeprägt sind: „durch den geschichtlichen Charakter des wahrgenommenen Gegenstands und den geschichtlichen Charakter des wahrnehmenden Organs“ (Horkheimer, 1937: 217), also den geschichtlichen Charakter des Bewusstseins der WissenschaftlerInnen. Dazu kommen Orientierungen und Weltbilder d.h. quasi die „Brille“ durch die die WissenschaftlerInnen die Welt betrachten. So schreibt Willem van Reijen mit Bezug zu Theodor W. Adornos Argumentation im Positivismusstreit, dass das methodisch-wissenschaftliche Denken teilweise blind ist, weil es nur das sieht, was sich mit den vorgegebenen Begriffen und Bildern fassen lässt: „Dabei entzieht sich möglicherweise ein `Teil´ der Wirklichkeit der begrifflich-theoretischen Wahrnehmung. M[it] a[nderen] W[orten]. Die Struktur unserer begrifflichen Ordnung wird identisch unterstellt mit der Struktur der Dinge, bzw. ihrer Beziehungen. Adorno wirft den Empiristen oder Positivisten vor, dass sie angeben, sich auf die Erfahrung zu verlassen, dass sie aber de facto dasjenige Erfahrung nennen, was bereits durch das Filter ihrer begrifflichen Ordnung gegangen ist. Die Positivisten unterschlagen, dass sie die Erfahrung bereits theoretisch `verarbeitet´ haben“ (van Reijen, 1986: 106). Das heißt aber auch: aus sich heraus, d.h. mit den ihr eigenen Methoden und Begriffen ist die moderne

¹³ Als staatliche Bevormundung gelten bei Wirtschaftsliberalen auch kollektive öffentlich verwaltete Sozialversicherungen. Bei Privatversicherungen wird keine solche „Bevormundung“ konstatiert, da man ja bei Nicht-Gefallen den Anbieter wechseln könnte.

¹⁴ Zusätzlich werden die wirtschaftsliberalen Handlungsvorschläge mittels Ceteris paribus Modellen gegen Kritik immunisiert (Vgl. Kröll, 2008)

Wirtschaftswissenschaft nicht in der Lage, die großen anstehenden Probleme überhaupt angemessen zu erfassen, geschweige denn zu beschreiben und Lösungsvorschläge zu ermitteln.

Die von Manfred Neumann (siehe 3.2. „Modellbildung“) erwähnten „gegebenen Grundannahmen“ sind in Verbindung mit den darauf aufbauenden theoretischen Modellen deshalb für die Kritik am TINA-Positivismus von Bedeutung.

3.5. Die Segnungen des Freihandels in Modell und Empirie: das Ricardo-Theorem

Die Modellbildung der TINA-Positivisten ist im Hinblick auf den globalen Freihandel sehr simpel. Als „berühmtes Modell“ zur Erläuterung der volkswirtschaftlichen Denkweise nennt Starbatty das berühmte Theorem der komparativen Kostenvorteile des Ökonomen David Ricardo aus dem Jahre 1817. „Ricardo ist damit der maßgebliche theoretische Begründer der Freihandelslehre geworden“ (Starbatty, 2000: 92) . In dem Modell gibt es als „gegebene Grundannahmen“ die beiden Länder England und Portugal und die beiden Güter Wein und Tuch. Das Gedanken-Experiment „beweist“ ceteris paribus (d.h. hier: vorausgesetzt, dass es ausschließlich zwei Länder und ausschließlich zwei Güter gibt), dass Freihandel verbunden mit der Spezialisierung der beiden Länder auf jeweils nur eines der beiden Güter, für alle Beteiligten wohlstandssteigernd wirkt. Dies gilt selbst wenn eines der beiden Länder beide Güter billiger herstellen kann als das andere. „Ricardo bedient sich dieses Gedankenexperiments, um einen bestimmten Sachverhalt klarzumachen. Jeder kann ein ähnlich konstruiertes Experiment entwickeln und wird zum gleichen Ergebnis kommen“, so Starbatty (a.a.O.: 40). Die Realität selbst liefere uns den Stoff für solche Argumente.

Solche Experimente haben aber mit der (empirischen) Realität nichts zu tun und haben damit letztlich keinen praktischen Erkenntniswert. Wohlstand bedeutet einfach, mehr der beiden Güter konsumieren zu können. Der vermehrte Wohlstand basiert in dem Modell zudem darauf, dass beide Länder jeweils auf die Produktion eines Gutes verzichten, d.h. eine ökonomische Monokultur errichten. Die Steigerung des Wohlstands wird ausschließlich in quantitativ höherem Konsum von lediglich zwei Produkten gesehen, womit auch noch ein quantitativer Wachstumszwang als Voraussetzung von Wohlstandssteigerung impliziert wird. Eine vielfältige diversifizierte Wirtschaft kommt in dem Modell nicht vor.

Darauf, dass die Grundannahmen des Modells vereinfachend sind und nicht der Realität entsprechen, weist auch Starbatty hin: »Ricardos Annahmen sind nicht bloß ahistorisch, sondern auch weitgehend unrealistisch.«(Starbatty, 2000: 28). Ob die Modellannahmen der Realität entsprechen oder nicht, meint nun Starbatty, sei jedoch »völlig belanglos« (sic!). Das Gedankenexperiment mit unrealisti-

schen Annahmen werde nur verwendet, um den Sachverhalt klar zu machen, dass sich Außenhandel für alle Länder lohne (a.a.O.). Es wird also ein völlig vereinfachtes theoretisches Modell verwendet das nur unter ganz engen Bedingungen und Voraussetzungen („Ceteris paribus“) zu dem genannten Ergebnis kommt, um damit pauschal globalen Freihandel in der Praxis zu legitimieren.

Die theoretische „Tatsache“ der wohlstandssteigernden Segnungen des freien Marktes bildet dann als neue „gegebene Grundannahme“ die Legitimation für die Forderung nach weiteren Liberalisierungen. Übergangen wird auch, dass die „Wohlstandssteigerung“ für beide beteiligten Länder zudem voraussetzt, dass es keine oder kaum Transportkosten gibt und auch keine Schwankungen zwischen den Währungen der beiden Länder bestehen. Kleinste Abweichungen in den Grundannahmen des Modells haben schon zur Folge, dass die versprochenen Ergebnisse nicht eintreffen. Offensichtlich ist solch ein enges Modell nicht auf eine globale Volkswirtschaft mit hunderten von Volkswirtschaften übertragbar.

Einer empirischen Prüfung hält das Modell auch nicht stand. Interessant ist, dass Ricardos Beispiel schon zuvor empirisch widerlegt wurde. Portugal benötigte vor knapp 300 Jahren militärische Unterstützung von England und ließ sich deshalb auf einen Freihandelsvertrag ein, in dem es auf Importzölle für englisches Tuch verzichtete. Im „Methuen-Vertrag“ von 1703 (also knapp 100 Jahre vor der Veröffentlichung von Ricardos Gedankenexperiment) wurde Portugal von England eine Spezialisierung auf Wein, verbunden mit dem Verzicht auf Importzölle, aufgezwungen. Dies ruinierte in Portugal nach anfänglichen „Wohlstandsgewinnen“ die Tuchindustrie, weil das Land von billigem englischem Tuch überschwemmt wurde, führte zu einer Verschlechterung der portugiesischen Handelsbilanz und leistete „einen nicht unwesentlichen Beitrag zum Aufstieg Englands zur Weltmacht.“ Gewonnen hatte nur eines der beiden Länder (Binswanger, 2001). „Positivistisch“ gesehen ist damit die wichtigste Argumentationsgrundlage der theoretischen Legitimation grenzenloser Märkte widerlegt, wenn alle Beteiligten profitieren sollen. Dies gibt auch Starbatty zu: „Die Dramatik die dahinter steckt“ wird offensichtlich, wenn das Modell auf ein Vier-Länder-Modell mit je zwei Ländern als Wirtschaftsgemeinschaft erweitert wird. „Wenn nun Freihandel auch zwischen den Gemeinschaften vereinbart wird, dann wird in jeder Gemeinschaft ein Land Gewinner und ein Land Verlierer sein, obwohl per saldo der Wohlstand für jede Gemeinschaft zugenommen hat. Es ist offensichtlich, dass sich in jeder Gemeinschaft dasjenige Land der Globalisierung widersetzt, das sich für einen potenziellen Verlierer hält“ (Starbatty, 2000: 99). Obwohl das theoretische Modell – wie oben dargelegt – seine wohlfahrtssteigernde Gültigkeit nur dann entfaltet, wenn es lediglich zwei Länder und zwei Güter gibt und zudem Wohlfahrt nur in „mehr Konsum“ der beiden Güter gemessen wird, konstatiert Starbatty: „Globalisierung dient auch dann der Wohlfahrt der eigenen Volkswirtschaft, wenn es einigen Sek-

toren weh tut“ (Starbatty, 2000: 92). Wissenschaftlich begründet wird dies nicht. Wirtschaftsliberale zaubern dann allenfalls noch den aus dem Zusammenhang gerissenen Begriff der in ihren Augen für die ökonomische Entwicklung notwendigen „Schöpferischen Zerstörung“¹⁵ von Joseph Schumpeter aus dem Hut, um zu rechtfertigen, dass es durch wirtschaftsliberale Globalisierung massenhaft Verlierer gibt und geben wird.

3.6. Wirtschaftsliberale „ökonomische Naturgesetze“ als Wahrheit

Basis der populären wirtschaftsliberalen Sichtweise ist zudem ein an den Naturwissenschaften orientiertes physikalisches Bild, dass die ökonomische Welt als ein festes System mit eigenen Gesetzen und einer eigenen Ordnung sieht, das mit dem Universum verglichen werden kann:

„Ordnung ist freilich einer der am meisten missverstandenen und missbrauchten Begriffe. Doch sie liegt allem Lebenden und Geschaffenen als Bauplan zugrunde – bestimmt den katastrophensfreien Lauf der Gestirne, hält den menschlichen Organismus in gesundem Gleichgewicht und ermöglicht der Maschine den störungsfreien Lauf. Ordnung als zweckmäßiges Zusammenwirken einer Vielheit von Faktoren kennzeichnet auch jedes funktionierende Wirtschaftssystem und wirkt mit ihren Strukturprinzipien auf die dazu gehörende Gesellschaft und ihre Mitglieder zurück“, schreibt Gert Dahlmanns, ehemaliger Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft (Dahlmanns, 1991). Was sich für den Einen oder die Andere noch einigermaßen neutral und sinnvoll anhört, relativiert sich, wenn man einen Blick auf die Gutachten und Schriften der Stiftung Marktwirtschaft und ihres wissenschaftlichen Beirats des Kronberger Kreises wirft: Mit „Mehr Markt“ beginnen eine ganze Reihe von Titeln, und dann „im Arbeitsrecht“, „im Gesundheitswesen“, „in der Telekommunikation“, „in der Energiewirtschaft“, „in Hörfunk und Fernsehen“, oder einfach „Mehr Markt, weniger Staat“.¹⁶ Der Markt wird als natürliches Ordnungssystem, als reine ökonomische Wahrheit betrachtet und seine Verfechter beklagen, dass es immer noch zu viele Staatseinflüsse auf die Wirtschaft gibt. So fragt Ulrich Weiss in seinem Rückblick auf die Geschichte der Stiftung Marktwirtschaft, warum die Politik immer noch resistent sei gegen Vorschläge zu „mehr Markt“, und „warum der Weg der Wahrheit zu ihrer Akzeptanz so steinig ist“ (Weiss, 2007: 5).

Gert Dahlmanns plädiert im Anschluss an das obige Zitat für die „soziale Marktwirtschaft“ mit ihren ordoliberalen, bzw. neoliberalen Grundlagen als menschengerechtestes Modell und ganz im Sinne von Adam Smith´ unsichtbarer Hand,

¹⁵ (Siehe auch Starbatty, 2000: 67)

¹⁶ Die Schriften stehen zu einem guten Teil auf der Webseite www.stiftung-marktwirtschaft.de zum download zur Verfügung.

„als ein System, in dem die elementaren Antriebe des Einzelnen zur Verfolgung seiner Eigeninteressen genutzt und gleichzeitig in den Dienst am Gemeinwohl gestellt werden“ (Dahlmanns, 1991). Eine Kritik an diesen Positionen wird dadurch erschwert, dass die „soziale Marktwirtschaft“ in der breiten Öffentlichkeit eine andere Bedeutung hat, als bei ihren neoliberalen Theoretikern. Die „soziale Marktwirtschaft“ ist ein „suggestiver Begriff“, der im Alltagsbewusstsein mit dem erfolgreichen wirtschaftlichen Aufstieg nach dem zweiten Weltkrieg und einem „sozial gebändigten Kapitalismus“ verbunden wird (Ptak, 2000: 197).

Auf die internationale Ebene bezogen wird, wie oben dargelegt, mittels pseudowissenschaftlicher Methoden der neoliberale Freihandel („Globalisierung“) legitimiert.

4. Kritik und soziale Bewegung

Pierre Bourdieu plädiert für eine arbeitsteilige Zusammenarbeit zwischen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Wissenschaft um der „neoliberalen Invasion“ entgegen zu wirken. „Wir haben es mit Gegnern zu tun, die sich mit Theorien wappnen“ (Bourdieu, 1998: 61). Der wirtschaftsliberalen Ideologie gelte es deshalb neben „kulturellen Waffen“ „vernünftige Gründe, Argumente, Widerlegungen, Beweise entgegenzusetzen: kurzum: es gilt wissenschaftliche Arbeit zu leisten“ (ebd: 62). Auch nach dem Ausbruch der größten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren ist der finanzmarktgetriebene Wettbewerbskapitalismus, bzw. Wirtschaftsliberalismus noch nicht am Ende. Im Gegenteil, die massiven Staatsausgaben zur Stabilisierung des Systems leerten in Verbindung mit den auf Grund der Krise zurückgehenden Steuereinnahmen die öffentlichen Kassen und sind damit Ursache für einen weiteren Umbau der gesellschaftlichen Infrastruktur hin zu Privatisierung einerseits und Kürzung von öffentlichen Bildungs- und Sozialausgaben andererseits.

Unter den Folgen dogmatischer wirtschaftsliberaler Politik leiden seit Jahren unzählige Menschen auf der ganzen Welt. Am 1. Januar 1994 trat im mexikanischen Chiapas anlässlich des Inkrafttretens des Freihandelsabkommens zwischen den USA und Mexiko die Zapatistische Befreiungsarmee (EZLN) in den Blick der Weltöffentlichkeit. Die konkreten Probleme der dortigen indigenen Bevölkerung brachte sie in einen konkreten Zusammenhang mit neoliberaler Politik, der neoliberalen Globalisierung sowie Sachzwang-Ideologien und lieferte damit wichtige Impulse für die entstehende weltweite globalisierungskritische Bewegung. Ein Wunsch der Zapatisten war, dass sich der Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung vernetzt und viele Menschen an ihrem jeweiligen Ort einen Beitrag dazu leisten. Einen wichtigen Beitrag dazu können und müssen kritische Intellek-

tuelle leisten, indem sie helfen, falsche Ideologien aufzudecken und dies an die Öffentlichkeit zu tragen „da das nun einmal ihr Beruf ist“¹⁷.

5. Literatur:

- Bayer, O., & Stölting, E. (1992). Sozialwissenschaften. In H. Seiffert & G. Radnitzky (Eds.), *Handlexikon zur Wissenschaftstheorie* (pp. 302-313). München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Binswanger, M. (2001). Wein gegen Tuch: Doch nur einer gewinnt. *Weltwoche*, Nr. 16, 19.04.2001, 22.
- Bourdieu, P. (1987). *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Bourdieu, P. (1998). *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz.
- Dahlmanns, G. (1991). Wirtschaftsordnung als Freiheitsordnung. In H. Giersch (Ed.), *Europas Wirtschaft 1991. Ordnungspolitische Aufgaben in Ost und West* (pp. 5-12). Bad Homburg: Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung.
- Fehl, U. (1994). Neoklassik. In O. Issing & E. Dichtl (Eds.), *Vahlens Großes Wirtschaftslexikon, Band 3*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, Verlag C.H. Beck.
- Giersch, H. (1991). *Ordnungspolitische Aufgaben in Ost und West*. Bad Homburg: Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung.
- Gorz, A. (2000). *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Horkheimer, M. (1937). Traditionelle und kritische Theorie. In Drs. (Ed.), *Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze* (pp. 205-260). Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag 1992.
- Köhler, H. (2004). *Offen will ich sein - und notfalls unbequem. Ein Gespräch mit Hugo Müller-Vogg*. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag.
- Krahl, H.-J. (1991). Rede auf einem Teach-In zur Wahl des Studentenparlaments in Frankfurt. WS 69/70. In Redaktion diskus (Ed.), *Küss den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken* (pp. 179-187). Berlin: Edition ID-Archiv.
- Kröll, T. (2003). (Rez.) Rodenstock, Randolf, Chancen für Alle. Die Neue Soziale Marktwirtschaft. *Das Argument, Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*, 252/2003, 770-772.

¹⁷ (Bourdieu, 1998: 64)

- Kröll, T. (2008). Die Ideologie des Neoliberalismus als kulturelles Kapital. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/2008, 70-78.
- Marcos, S. I. (1998). Máscaras, silencios y los vientos de abajo. *envio, Número 197, Agosto 1998*.
- Neumann, M. (1994). Neoklassik. In O. Issing (Ed.), *Geschichte der Nationalökonomie* (pp. 255-269). München: Verlag Franz Vahlen.
- Oltmanns, T. (1996). Ökonomie gegen die Armut. In N. Piper (Ed.), *Die großen Ökonomen, 2. überarbeitete Auflage* (Vol. 3/1993, pp. 75-81). Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Piper, N. (1996). Der Marktwirt. Herbert Giersch ist der einflussreichste Nationalökonom der Bundesrepublik. *Zeitpunkte* 6/1996.
- Popper, K. R. (1962). Die Logik der Sozialwissenschaften. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 14. Jg., 233-248.
- Ptak, R. (2000). Ordoliberalismus - Zur Entwicklung des Neoliberalismus in Deutschland. In W. Goldschmidt, D. Klein & K. Steinitz (Eds.), *Neoliberalismus. Hegemonie ohne Perspektive* (pp. 194-212). Heilbronn: Distel Verlag.
- Schnädelbach, H. (1992). Positivismus. In H. Seiffert & G. Radnitzky (Eds.), *Handlexikon zur Wissenschaftstheorie* (pp. 267-270). München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Starbatty, J. (1994). Ordoliberalismus. In O. Issing (Ed.), *Geschichte der Nationalökonomie* (3 ed.). München: Verlag Franz Vahlen.
- Starbatty, J. (2000). *Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Vorlesungsskript, Sommersemester 2000*. Unpublished manuscript, Tübingen.
- Starbatty, J. (2006). *Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Vorlesungsskript. Sommersemester 2006*. Eberhard-Karls-Universität Tübingen.
- Thatcher, M. (1980, 10. November 1980). Speech at Lord Mayor 's Banquet. from <http://www.margaretthatcher.org/speeches/displaydocument.asp?docid=104442>; 2. Juni 2010
- van Reijen, W. (1986). *Philosophie als Kritik. Einführung in die Kritische Theorie*. Königstein/Ts.: Athenäum Verlag.
- Weiss, U. (2007). *Mehr Mut zu Freiheit und Markt - 25 Jahre Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis*. Berlin: Bloch & Co.